

## **Antworten der fünf Wahlkreisdirektkandidatinnen und Kandidaten der im Bundestag vertretenen Parteien auf die Wahlprüfsteine von Attac Hanau**

### **Wahlprüfsteine Attac Hanau**

Wir stellen fest, dass die öffentlichen Haushalte in Deutschland durch Steuersenkungen für Vermögende, Spekulanten und Konzerne ausgetrocknet werden. Rund 10 Billionen Euro Privatvermögen gibt es in Deutschland. Die ärmere Hälfte der Bevölkerung verfügt über kaum nennenswertes Vermögen oder Schulden. Hingegen verfügt das oberste eine Prozent der Reichen über mehr als 30 Prozent des Gesamtvermögens. Nach unserer Meinung brauchen wir öffentliche Investitionen in den Kommunen, in eine umfassende Gesundheitsversorgung, in die regionale Energiewende, in bessere Bildung, in bezahlbares Wohnen für alle und vieles mehr. Deswegen fordert Attac eine Vermögensabgabe von den Superreichen - europaweit und ein soziales Steuerpaket und die Bekämpfung des globalen Steuerraubs.

1. Was halten sie von der Forderung von Attac und wie sieht für Sie ein gerechtes Steuersystem aus?

#### **Dr. Katja Leikert – CDU**

„Ich bin der Auffassung, dass wir grundsätzlich umdenken müssen und unserer öffentliche Haushalte dringend konsolidieren müssen: Das Steueraufkommen in Deutschland ist in den letzten Jahren kontinuierlich gestiegen und übersteigt 600 Milliarden Euro. Daher liegt die Problematik nicht auf der Einnahmeseite, sondern auf der Ausgabenseite. Wir haben seit den 1970er Jahren immer mehr ausgegeben als wir eingenommen haben. Der aktuelle Schuldenstand beträgt über 2100 Mrd. Euro. Die Pro-Kopf-Verschuldung 25.000 Euro. Die CDU hat sich erfolgreich für eine Schuldenbremse sowohl im Land Hessen als auch im Bund eingesetzt. Unser Ziel ist ein ausgeglichener Bundeshaushalt und die Reduzierung der Schulden.“

Mit Blick auf das Steuersystem ist für mich klar, dass starke Schultern mehr tragen müssen als schwache. Bereits jetzt zahlen die obersten fünf Prozent der Steuerpflichtigen 41,5 Prozent der Einkommensteuerlast. Die oberen 25 Prozent tragen 76,0 Prozent des Einkommenssteueraufkommens. Wir sollten die Leistungsbereitschaft der Menschen nicht damit gefährden, dass wir eine noch größere Abgabe von ihnen fordern. Die Vermögenssteuer lehnen wir ab, da sie der aktuell guten wirtschaftlichen Lage entgegenläuft. Wir möchten den rund 1500 Unternehmen in Deutschland nicht die Grundlage für zukünftige Investitionen entziehen. Eine Vermögenssteuer schwächt den Wirtschaftsstandort Deutschland und gefährdet Arbeitsplätze.

Zum Thema Steuerhinterziehung: Diese ist in keinem Fall hinnehmbar und eine kriminelle Handlung. Wir werden Steuerhinterziehung weiter entschlossen bekämpfen und Steueransprüche auch über die Grenzen der Nationalstaaten hinweg durchsetzen. Wir haben mit dem Schwarzgeldbekämpfungsgesetz 2011 die Regeln zu strafbefreienden Selbstanzeige massiv verschärft. Steuerstraftaten wollen wir durch die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften auf Länderebene verfolgen. Auf internationaler Ebene setzen wir uns für einen besseren Informationsaustausch der Steuerfahndungsbehörden ein. Internationale Großkonzerne, die in Deutschland wirtschaftlich aktiv sind und die Unterschiede in den Steuersystemen der verschiedenen Länder aggressiv ausnutzen, sollen hier auch Steuern zahlen.“

#### **Dr. Sascha Raabe SPD**

„Ein gerechtes Steuersystem ist für mich, wenn jeder nach seiner Leistungsfähigkeit Steuern zahlt, wenn also starke Schultern mehr Lasten tragen als schwache. Steuerpolitik darf nicht länger Klientelpolitik für Reiche sein, sie muss der fairen Lastenverteilung innerhalb unserer Gesellschaft dienen. Ich trete daher für eine Anhebung des Spitzensteuersatzes von derzeit 42 bzw. 45 Prozent auf 49 Prozent für zu versteuernde Einkommen ab 100.000 Euro bei Alleinstehenden bzw. 200.000

Euro bei Verheirateten ein. Ebenso halte ich eine Vermögenssteuer auf große Vermögen für gerecht, die die besondere Situation gerade von kleinen und mittelständischen Betrieben berücksichtigt und durch angemessene Freibeträge etwa „Omas Häuschen“ oder sonstige Alterssicherungen unangetastet lässt. Zu einem gerechten Steuersystem gehört für mich auch, dass Reiche nicht mehr die Möglichkeit haben dürfen, ihr Geld in Steueroasen zu bringen. Steuerschlupflöcher müssen konsequenter geschlossen, Steueroasen ein für alle mal ausgetrocknet werden. Steuerflucht und Steuerbetrug sind Straftaten gegen unser Gemeinwesen. Banken, die illegale Steuersparmodelle vermitteln, müssen zur Rechenschaft gezogen werden und bei fortgesetzter Beihilfe zum Steuerbetrug mit dem Entzug ihrer Banklizenz rechnen. Nicht zuletzt ist die Finanztransaktionssteuer ein wichtiger Baustein für ein gerechtes Steuersystem. Ich halte es für völlig inakzeptabel, dass für Waren des täglichen Bedarfs 19 Prozent Mehrwertsteuer gezahlt werden müssen, für Finanztransaktionen dagegen kein Cent. Als „Steuer gegen Armut“ sollten die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer zum Teil für den weltweiten Kampf gegen Hunger und extreme Armut genutzt werden. Das wäre wirklich eine gerechte Umverteilung.“

### **Anke Pfeil FDP**

"Wir Liberalen lehnen eine Vermögensabgabe, bzw. eine Vermögenssteuer ab! Wir wollen die staatlichen Einnahmen auf die Ertragsbesteuerung stützen und nicht auf die Substanzbesteuerung. Vermögensabgabe und Vermögenssteuer- wie auch im Übrigen ein verschärftes Erbschaftssteuerrecht- wären insbesondere für kleine und mittelständische Unternehmen eine untragbare Belastung und existenzgefährdend. Die Folge wäre ein massiver Kapital- und Vermögensabfluss aus Deutschland und eine Vernichtung unzähliger Arbeitsplätze.

Mit aller Entschiedenheit lehnen wir eine höhere Steuer- und Abgabenbelastung für Bürger und Unternehmen ab. Unser Ziel bleibt vielmehr die Entlastung der arbeitenden Mitte. Hohe Steuersätze führen nicht automatisch zu höheren Staatseinnahmen. Sie verhindern hingegen Wachstum, vernichten Arbeitsplätze und gefährden damit die Existenz der Arbeitnehmer und ihrer Familien."

### **Uwe Ringel in Vertretung für Angelika Gunkel-Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

"Europaweite Lösungen sind sicherlich das anstrebenswerte Ziel, um Steuervermeidung vor Ort und damit Schwächung der nationalen Haushalte nach Abgabenerhöhungen zu vermeiden.

Das Ziel der europaweiten Gleichheit im Auge behaltend wollen wir aber die Steuersysteme zugunsten der Beseitigung sozialer Ungleichheiten sofort ändern.

Wir wollen eine zunächst auf 10 Jahre befristete Vermögensabgabe auf Privatvermögen über eine Million Euro und auf ein Betriebsvermögen über 5 Millionen Euro einführen. Mit diesem Geld wollen wir ausschließlich Staatsschulden zurückzahlen.

Unser Steuerkonzept sieht vor die Einkommen unterhalb 6.000 Euro zu entlasten und überdurchschnittliche Jahreseinkommen über 80.000 Euro mit einem Spitzensteuersatz von 49% zu besteuern.

Wir wollen Kinder fördern und nicht den Trauschein. Deshalb wollen wir das Ehegattensplitting schrittweise umbauen.

So werden 90 Prozent der Steuerzahler weniger Steuern zahlen. Wir bitten Menschen mit einem deutlich überdurchschnittlichen Einkommen um einen höheren Steuerbeitrag zur Finanzierung unseres Gemeinwesens. "

### **Sabine Leidig DIE LINKE**

„Ich teile alle Attac-Forderungen 100%ig. Grundsätzlich muss ein gerechtes Steuersystem dafür

Sorgen, dass sehr unterschiedlichen Einkommen und Machtpositionen von Individuen und Unternehmen nicht zu immer größeren Ungleichheiten führen. Mittels Steuern muss das Gemeinwesen für alle gut entwickelt werden.

Faktisch hat die neoliberale Steuerpolitik der vergangenen drei Jahrzehnte aber dazu geführt, dass mit Steuersenkung und Steuervermeidung (insbesondere der transnationalen Konzerne) private Vermögen exorbitant gewachsen sind, während öffentliche Armut zu Verschlechterungen für „die 99%“ führen. Durch akzeptierte Steuerflucht (Steuerraub) wurde das Problem verschärft. Die dramatische Zunahme der Verschuldung vieler Staaten in Europa ist vor allem auf die Rettung von Banken und den großen Kapitalanlegern zurückzuführen. Schon deshalb ist es richtig, mit einer Vermögensabgabe für Superreiche die Verursacher der Krisen zur Kasse zu bitten."

## **2. Attac fordert, die Privatisierung der Gemeingüter zu beenden, neue PPP-Vorhaben zu verhindern und laufende PPP-Projekte zu stoppen. Wie ist Ihre Meinung dazu?**

### **Dr. Katja Leikert –CDU**

„Private Investitionen sind oftmals eine gute Ergänzung neben der Bereitstellung öffentlicher Mittel. Das unternehmerische und finanzielle Risiko wird aufgeteilt. Außerdem können Synergieeffekte mit Blick auf Know-How-Transfer für die öffentliche Hand erzeugt werden. Wichtig ist, dass die beteiligte Kommune die Projekte im Detail überprüft, damit sich die langfristigen Kosten von Privaten-Öffentlichen für beide Seiten rechnen. Wir lehnen ein pauschales Verbot von privaten Investitionen in öffentliche Projekte ab.“

### **Dr. Sascha Raabe – SPD**

„Bestimmte Leistungen der allgemeinen Daseinsvorsorge wie Bildung, Gesundheitseinrichtungen und Infrastrukturmaßnahmen muss ein funktionierendes Staatswesen seinen Bürgern zur Verfügung stellen. In der Vergangenheit wurden Privatisierungen öffentlicher Betriebe allzu oft als bequemer Weg zu schnellem Geld gewählt. Nachhaltig ist das nicht. Für mich zählt zu den Leistungen, die der Staat regeln und zu fairen Preisen bereitstellen muss, auch die notwendige Versorgung mit Trinkwasser als überlebenswichtigem Grundnahrungsmittel. Ich habe mich daher vehement gegen die geplanten Privatisierungen in diesem Bereich ausgesprochen.“

### **Anke Pfeil -FDP**

„Wir lehnen ein generelles Privatisierungsverbot ab. Grundsätzlich begrüßen wir PPPs, da sie für eine Effizienzsteigerung sorgen und den Staat von Aufgaben entlasten. Wir vertreten die Auffassung, dass die wirtschaftliche Betätigung durch den Staat nur in Betracht kommt, wenn ein dringender öffentlicher Zweck dies erfordert. Dies erfordert grundsätzlich eine Einzelfallbetrachtung. Eine Beendigung sämtlicher Projekte steht daher für uns nicht zur Debatte.“

### **Uwe Ringel in Vertretung für Angelika Gunkel - Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

"PPP-Modelle zur Umsetzung kommunaler Vorhaben angesichts leerer kommunaler Kassen sind gescheitert und spielen keine Rolle mehr. Ein Mehrwert für die Kommunen konnte nicht nachgewiesen werden.

Gleichzeitig haben die Kommunen kein Geld mehr für eigene Investitionen. Es gilt grundsätzlich die kommunalen Haushalte zu sanieren und damit die Kommunen wieder handlungsfähig zu machen. Zulange haben die Kommunen die Folgekosten ihrer Bauprojekte außer Acht gelassen und sind heute Gefangene ihrer Infrastruktur, die sie in den Wachstumsjahren der 60er und 70er Jahre errichtet haben. Bund und Land müssen die Kommunen für die ihnen übertragenen gesetzlichen Aufgaben finanziell besser ausstatten."

### **Sabine Leidig - DIE LINKE**

"Auch hier bin ich völlig einer Meinung mit den Attac-Positionen. Das aktuelle Desaster bei der Deutschen Bahn-AG zeigt, dass die Ausrichtung auf Marktkonkurrenz und Bilanzgewinn die Gesellschaft teuer zu stehen kommt. Was für Autokonzernmanager normal, für Betriebswirtschaftler erfreulich, oder für Wirtschaftsjuristen machbar erscheint, ist nicht das, was volkswirtschaftlich sinnvoll und für die Lebensqualität der Bevölkerung wichtig ist. Gesundheitsversorgung, öffentliche Mobilität, Wasser, Energie und sozialer Wohnraum, Bildung, Nahrung, Natur und Bodenschätze dürfen nicht wie Waren behandelt und gehandelt werden. Dort wo bereits Privatisierungen durchgezogen wurden, setzt sich die LINKE aktiv für Rekommunalisierung ein – beispielsweise bei der Uniklinik Marburg oder beim Berliner Stromversorger. Die Linksfraktion im Bundestag hat eine klare Position: Wir fordern in Bund, Länder und Kommunen, keine neuen PPP-Verträge mehr abzuschließen. Außerdem müssen sämtliche bestehenden PPP-Verträge offen gelegt werden. Soweit wirtschaftlich vertretbar sind alle Möglichkeiten auszuschöpfen, um bestehende PPPs zu kündigen. Jegliche Förderung der Verbreitung von PPP durch den Bund und die überwiegend öffentlich finanzierte Beratergesellschaft ÖPP Deutschland AG muss gestoppt werden.

<http://www.linksfraktion.de/themen/oeffentlich-private-partnerschaften/> Neben konkreten parlamentarischen Initiativen gegen „Public-Private-Partnership“, unterstütze ich als aktives Gründungsmitglied GiB (Gemeingut in BürgerInnenhand) und nach wie vor das Bündnis „Bahn für alle“.

Bei PPP/ÖPP wird die Zwangslage der öffentlichen Hand genutzt, um private Investoren als Nutznießer von öffentlicher Infrastruktur ins Spiel zu bringen. Paradebeispiel auf Bundesebene ist der Bau von Autobahnen (A1), der – gegen Mauteinnahmen – an Privatkapitalistische Unternehmen übertragen wird. Die Vertragswerke sind völlig undurchsichtig, die Bauqualität schlecht ... und letztlich zahlen die Bürgerinnen und Bürger nicht nur das Projekt, sondern auch die Gewinne der Konzerne. "

### **3.Attac fordert ein Ende der Spekulation mit Wohnimmobilien, denn bezahlbares Wohnen ist ein Gemeingut. Was wollen Sie für Ihren Wahlkreis unternehmen, damit Wohnen vor Ort bezahlbar bleibt?**

#### **Dr. Katja Leikert –CDU**

„Der Wahlkreis Hanau ist Teil der Metropolregion Rhein-Main und zählt damit zu den wenigen Regionen in Deutschland, die in den kommenden Jahren eine Bevölkerungszunahme verzeichnen werden. Wohnen muss hier bezahlbar sein.“

In Gebieten mit Wohnungsknappheit wollen wir für ausreichend und bezahlbaren Wohnraum sorgen. Seit 2009 ist die Zahl neugebauter Wohnungen gestiegen. Die CDU setzt sich dafür ein, dass sich dieser Trend fortsetzt und fördert unter anderem die selbstgenutzte Immobilie. Wir wollen die Rahmenbedingungen für den weiteren Wohnungsbau verbessern und konkret die degressive Abschreibung für den Mietwohnungsbau wieder einführen.

Wir setzen uns darüber hinaus für mehr Wohnungen mit einer Mietpreis- und Belegungsbindung, dem sozialen Wohnungsbau, ein. Wir wollen die Länder bei der sozialen Wohnraumversorgung unterstützen und erwarten im Gegenzug von den Ländern die Zusage, dass sie diese Mittel zweckgebunden für den sozialen Wohnungsbau einsetzen. Ungenutzte Flächen im Eigentum der öffentlichen Hand oder ehemalige Kasernen- und Verwaltungsgebäude kommen hierfür in Frage. Für einkommensschwache Haushalte sollen verstärkt Belegungsrechte erworben werden. "

#### **Dr. Sascha Raabe- SPD**

„Es darf nicht sein, dass Normalverdiener-Familien, dass Studenten und Rent-ner in den Innenstädten keinen bezahlbaren Wohnraum mehr finden. Um dem entgegenzuwirken, werde ich mich für die

Umsetzung einer Mietpreisbremse bei Wiedervermietungen von Wohnungen einsetzen. Nach geltendem Recht haben Vermieter bei Wiedervermietungen weitgehend freie Hand, was in attraktiven Lagen oft zu horrenden Mietsteigerungen führt. Deshalb sollte in die-sen Fällen eine Mietpreisbremse von maximale zehn Prozent über ortsüblichen Vergleichsmieten eingezogen werden. Ebenso werde ich mich dafür stark machen, die Maklergebühren neu zu regeln. Hier muss künftig gelten: Wer bestellt, bezahlt. Schaltet der Wohnungseigentümer einen Makler ein, hat er auch die Kosten dafür zu tragen. Außerdem muss die Städtebau-förderung insbesondere der soziale Wohnungsbau gestärkt und wieder ver-lässiglich finanziert werden.“

### **Anke Pfeil - FDP**

"Ziel der Wohnungspolitik ist die Versorgung der Bevölkerung mit bezahlbarem, bedarfsgerechtem Wohnraum. Wir brauchen daher sowohl einen verstärkten Wohnungsneubau-und zwar Mietwohnungen wie auch Eigentumswohnungen in den Ballungsgebieten- als auch innovative Um- und Rückbaukonzepte im Bestand in den schrumpfenden Regionen. Hierfür wollen wir die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

Das bedeutet, dass wir die degressive Abschreibung (AfA) wieder einführen wollen. Es muss zudem sichergestellt werden, dass dort, wo der Staat fördernd eingreift, auch Wohnungen in den benötigten Segmenten gebaut werden. Um den Flächenverbrauch zu begrenzen und mehr bezahlbaren Wohnraum zu schaffen, haben wir durch die Novellierung des Bauplanungsrechts Baumaßnahmen und Nachverdichtungen im innerstädtischen Bereich erleichtert. Als Beispiele seien hier genannt, die Wiedernutzung von Brachflächen und die vereinfachte Ausweisung von Bebauungsplänen.

Wir lehnen weitere regulierende Eingriffe in den Wohnungsmarkt entschieden ab. So kommen Mietpreisdeckelungen und Sanierungsverbote für uns nicht in Betracht. Sie würden den Ausgleich von Angebot und Nachfrage über den Marktpreis erschweren, die notwendigen Mittel für Neubau und Sanierungen verringern und zusätzlich zur Wohnungsverknappung in dicht besiedelten Gebieten beitragen. "

### **Uwe Ringel in Vertretung für Angelika Gunkel - Bündnis 90/DIE GRÜNEN**

"Unser Mietrecht ist in Schiefelage geraten. Es erlaubt regelmäßige Mietsteigerungen ohne Rücksicht auf die niedrigen und unsicheren Einkommen vieler Menschen. Bestraft werden vor allem die Wohnungssuchenden, für die der Mietspiegel praktisch keine Grenzen setzt. Es gibt auch immer weniger Sozialwohnungen und viele öffentliche Wohnungen wurden verkauft. Wir wollen das Mietrecht gerechter gestalten und neues Soziales Wohnen ankurbeln:

Bei Mieterwechsel sollen die neuen Mieten in Gebieten mit Wohnraummangel höchstens 10% über der Vergleichsmiete liegen.

Mieten sollen in vier Jahren um maximal 15% bis zur Vergleichsmiete erhöht werden. Der Mietspiegel darf nicht Mietentreiber sein. Die neuen Mietverträge der letzten 10 Jahre statt nur 4 Jahre gehören in den Mietspiegel. Modernisierungskosten sollen nur noch für energetische Modernisierung und Barrierefreiheit mit maximal 9% statt bisher 11% angerechnet werden. Der Kündigungsschutz bei Eigentumsumwandlung muss über 10 Jahre gelten. Das Wohngeld muss soweit erhöht werden, dass nicht immer mehr Menschen von Transferhilfen abhängig werden. Eine neue Gemeinwirtschaft und neuer Sozialer Wohnungsbau ist uns wichtig. Wir brauchen langfristige Mietbindungen und Belegungsrechte für die Kommunen."

### **Sabine Leidig - DIE LINKE**

"Grundsätzlich will die LINKE, dass das Recht auf Wohnen ins Grundgesetz aufgenommen wird. Wir engagieren uns für eine grundlegende Neuausrichtung der Wohnungspolitik. Diese darf nicht länger dem Diktat des Marktes unterworfen werden. Um den akuten Mangel von rund 250.000 fehlenden Wohnungen in Deutschland zu beheben, ist es nötig, den sozialen Wohnungsbau zu forcieren. Zur

Sicherung von kommunalen Wohnungsbeständen müssen Verkäufe an renditeorientierte Unternehmen verboten werden. Außerdem müsse die horrenden Steigerungen bei Neuvermietung gestoppt werden – mit Mietpreisbindungen und Mietobergrenzen. Auch in Hanau wird die Miete für immer mehr Menschen zum Armutsrisiko. Deswegen sollten Kommunen das Recht erhalten, Höchstmieten festzulegen. Außerdem fallen seit vielen Jahren jährlich rund 4.000 Sozialwohnungen in Hessen aus der Sozialbindung. Die Baugesellschaft hat die Aufgabe, die Daseinsvorsorge mit preiswertem Wohnraum zu decken und die Wohnungen energetisch zu sanieren. Dieser Aufgabe wird sie immer weniger gerecht. Deshalb ist es aus meiner Sicht ein wichtiges politisches Ziel, die öffentlichen Unternehmen demokratisch zu kontrollieren und an sozialökologischen Entwicklungsziele, am Allgemeinwohl auszurichten. Dabei helfen Linke Fraktionen auf Stadt- und Kreisebene, aber darüber hinaus müsste verbindliche Beteiligung der Betroffenen Mieter\*innen verankert werden.

Keinesfalls dürfen weiterhin Wohnhäuser an Immobilienspekulanten verkauft werden. Darüber setze ich mich mit meiner Partei dafür ein, dass die Energieversorgung sozialökologisch gestaltet wird: mit Sozialtarifen und dem Verbot von Stromsperrern einerseits und steigenden Preisen für übermäßigen Verbrauch andererseits. In Hanau könnten Stadtwerke solche Tarife einführen.“

### **Position von Attac Hanau zu den angesprochenen Themen**

Beteuerungen, Versprechungen, Schönfärbereien, ja, auch Drohungen (Kapitalflucht, Verlust von Arbeitsplätzen, leere Kassen), man kennt das aus allen Wahlkämpfen, so auch diesmal, so auch widergespiegelt in einigen Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten.

Fakt ist: die Armen werden ärmer, die Reichen reicher, national wie global. Die Einkommen aus Vermögen steigen, die aus Arbeit fallen, Niedriglöhne, prekäre Arbeitsplätze, der Süden Europas unter dem Spar- und Verarmungsdiktat, Massenarbeitslosigkeit, kommunale Überschuldung und Abbau öffentlicher Leistungen. Wohnen, Gesundheit, Bildung, Energie werden teurer. Sozialabbau, Finanzkrise - Tendenz steigend. Dies alles seit und wegen der Herrschaft des neoliberalen Marktradikalismus über die Politik – so die Grundaussage von Attac und führenden Wirtschaftswissenschaftlern.

Billionen global marodierender Kapitale dringen auf der Suche nach hoher Rendite und maximalen Profiten in alle Lebensbereiche vor, schaffen hochriskante Finanzprodukte, deren Crash den Steuerzahler zur Rettung der Verursacher – eben der Banken- Abermilliarden kosten und ganze Wirtschaftsregionen verelenden lässt.

Richtig ist: Ohne diese Großangriffe von Hedgefonds und Spekulanten müsste es keine Schulden- und Finanzkrise, keine leeren Kassen, keinen Abbau öffentlicher Infrastruktur geben.

Deshalb fordert Attac **Umfairteilen** – Abgaben und höhere Steuern für Millionäre und Milliardäre, Schluss mit Privatisierungen und PPP-Projekten, Regulierung des Finanzwesens, Bankenaufsicht, Besteuerung von Finanztransaktionen, flächendeckender Mindestlohn, eine Solidarversicherung für alle, bedingungsloses Grundeinkommen, weg mit Hartz IV und großen Teilen der Agenda 2010!